

**Aus der
Vergangenheit
lernen!**

1930 / 1932

**Versuche,
die NSDAP
zu verbieten**

Der Jurist Robert Kempner verfasst 1930 gemeinsam mit Angehörigen der Berliner Polizei die „Denkschrift des Preußischen Ministeriums des Innern über die **Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als staats- und republikfeindliche hochverräterische Verbindung**“¹ als **Grundlage für ein Verbot der NSDAP**

Aus den Begründungen:

Das Grundprinzip der NSDAP liegt in der völligen Ablehnung des parlamentarischen Systems:

„Die Beschimpfung, Verleumdung und Herabsetzung der Deutschen Republik, ihrer Repräsentanten, Symbole und charakteristischen Einrichtungen stellen nach Zahl, Art und Urheber ein planmäßiges, gegen die Grundlagen der staatlichen Ordnung gerichtetes Vorgehen dar, das bewußt darauf abzielt und auch geeignet ist, die verfassungsmäßige Staatsform in dem erörterten weiteren Sinne zu erschüttern und so den Boden für den von der NSDAP geplanten völligen Umbau der verfassungsmäßigen Zustände vorzubereiten.“²

Das Verbot kommt nicht

Im Protokoll einer Sitzung der Reichsregierung vom 19. Dezember 1930 heißt es:

„Der Reichskanzler vertrat die Auffassung, dass das Reichskabinett jetzt noch nicht zu der Frage der Legalität oder Illegalität der NSDAP endgültig Stellung nehmen könne.

[Beachtenswert: Damals konnte die Reichsregierung ein Verbot aussprechen!]

Der damalige Reichskanzler Brüning (Parteizugehörigkeit: Zentrum) hielt ein Verbot für die „falsche Methode“, er wollte die NSDAP nicht mit juristischen Repressionen stellen, sondern auf dem Feld der Politik schlagen.

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun wandte sich am 4. März 1932 nochmals beim Reichskanzler Brüning mit einen Vorstoß zur Rettung der Weimarer Republik. Ausführlich belegte er die republikfeindliche, staatsgefährdende und dem Strafgesetzbuch zuwiderlaufende Tätigkeit der NSDAP.

Die Reichsregierung antwortete nicht einmal. In den Archiven fand man einen handschriftlichen Vermerk auf dem Originalbrief von Otto Braun: Der Herr Reichskanzler Brüning wünschte keine Antwort auf das Schreiben des Ministerpräsidenten Braun vom 4. März 1932. Ein Teil der Anlagen wurde auf Wunsch Brünings vernichtet.³ Im Juli 1932 wird Otto Braun von der Reichsregierung per Notverordnung abgesetzt.

Die Folgen:

30. Januar 1933: Hindenburg ernennt Adolf Hitler zum Reichskanzler

23. März 1933: Mit dem so genannten Ermächtigungsgesetz⁴ wird das Parlament entmachtet, die Nazi-Regierung erhält diktatorische Vollmacht

Zeitgleich werden die ersten KZ errichtet.

1. April 1933: Boykottaktion gegen jüdische Geschäfte, Arzt- und Anwaltspraxen.

10. Mai 1933: Bücherverbrennungen

Sommer 1933: Die NSDAP ist die einzige Partei in Deutschland, alle anderen Parteien sind verboten oder haben sich aufgelöst.

1. September 1939: Mit dem Überfall auf Polen beginnt Deutschland den Zweiten Weltkrieg, der große Teile Europas zerstört. In den besetzten Gebieten werden wie in Deutschland die Jüdinnen und Juden verfolgt.

Januar 1942: Auf der Wannsee-Konferenz wird die systematische Ermordung der jüdischen Bevölkerung Europas beschlossen.

8. Mai 1945: Die NS-Wehrmacht ist endlich besiegt. Über 50 Millionen Menschen wurden Opfer des Kriegs, 6 Millionen Jüdinnen und Juden und eine halbe Million Sinti und Roma wurden ermordet.

2025

**Kommt ein
AfD-Verbot?**

Der Verfassungsschutz erstellt ein ausführliches Gutachten, das die AfD als „gesichert rechtsextrem“ einstuft.⁵

Schon vorher hatte ein Gutachten des Deutschen Instituts für Menschenrechte nachgewiesen, dass die **Programmatik der AfD gegen den Kern des Grundgesetzes gerichtet** ist und dass **die AfD daher verboten werden kann**.⁶

Aus den Begründungen:

Der Verfassungsschutz belegt mit zahlreichen Aussagen der AfD, dass die Partei

- die **extrem rechte Verschwörungserzählung** einer „Umvolkung“ verbreitet. Dazu fordert sie einen Volksbegriff, bei dem nicht die Staatsangehörigkeit dafür entscheidend ist, ob jemand „deutsch“ sei.
- die von der **extrem rechten** „Identitären Bewegung“ geprägte Parole nach **„Remigration“** verbreitet und fordert, dass jährlich mindestens eine halbe Million Menschen Deutschland verlassen müssen.
- die Souveränität Deutschlands in Frage stellt und in Bezug auf andere Parteien den klassisch **extrem rechten Kampfbegriff** **„Vaterlandsverräter“** verwendet.⁷

Das Gutachten des Deutschen Instituts für Menschenrechte kommt zu dem Schluss „Die AfD zeichnet sich in ihrer Programmatik durch **rassistische und rechtsextreme Positionen** aus, die sich **gegen die in Artikel 1 Absatz 1 GG verankerten Garantien** und damit den absoluten Kern der Verfassung als Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Artikel 21 GG wendet⁸ und dass eine **national-völkische Haltung in der Gesamtpartei** fest verankert ist.⁹ Nach Einschätzung des Gutachtens setzt sich „der von Höcke vorangetriebene Kurs, wonach die **AfD nach Gewalt strebt**, im Zuge der Radikalisierung der Gesamtpartei zunehmend durch“. ¹⁰

Auch lehnt die AfD das parlamentarische System ab, sie diskreditiert und delegitimiert demokratische Institutionen wie Gerichte, Presse, Verfassungsschutz oder Wissenschaft und macht diese verächtlich.¹¹

Antrag auf ein Verbotsverfahren

Kommt angesichts dieser klaren Beweislage ein Antrag auf ein Verbotsverfahren durch das Bundesverfassungsgericht?

Debatten

Schon im Herbst 2024 gab es im Bundestag einen fraktionsübergreifenden Antrag für ein Verbot der AfD. Am 30. Januar 2025 wurde der Antrag an den Ausschuss für Inneres und Heimat überwiesen. Dort stand er bis jetzt (Ende Juli 2025) nicht auf der Tagesordnung.

[Beachtenswert: Die Bundesregierung kann ein Verbot nicht aussprechen! Bundesregierung, Bundestag oder Bundesrat können einen Antrag an das Bundesverfassungsgericht stellen. Das allein kann die Verfassungswidrigkeit einer Partei prüfen und ggf. die Auflösung dieser Partei erklären¹²]

Der SPD-Vorsitzende Klingbeil sagt zu einem AfD-Verbot: „Wenn der Verfassungsschutz feststellt, dass das eine gesichert rechtsextreme Partei ist, dann müssen alle Maßnahmen ergriffen und geprüft werden“¹³

CDU-Generalsekretär Linnemann hält ein AfD-Verbotsverfahren für "politisch hochgradig gefährlich" und warnt vor einer „Opferrolle“ der Rechtsextremisten¹⁴, Merz sagt, das sehe nach „politischer Konkurrentenbeseitigung“ aus¹⁵. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Günther (CDU) unterstützt ein Verbotsverfahren gegen die AfD: „Wir haben doch ein großes Problem, wenn in einem Rechtsstaat Verfassung und Gesetze nicht konsequent angewendet werden.“¹⁶

Häufig wird als Argument gegen ein AfD-Verbot angeführt, man müsse die Partei „politisch stellen“ – so wie es auch der damalige Reichskanzler Brüning zu einem NSDAP-Verbot sagte. Dazu ist klarzustellen: Ein Verbotsverfahren ist natürlich kein Ersatz für eine politische Auseinandersetzung – beides muss sich ergänzen! Und wer die Rechtsextremisten als „politische Konkurrenten“ bezeichnet, hat nichts verstanden: Eine Partei, deren Politik sich gegen den Kern unserer verfassungsmäßigen Ordnung richtet, ist keine „normale Partei“ kein „Konkurrent“, sondern ein Feind unseres Gemeinwesens!

Deshalb:

AFD-VERBOTSVERFAHREN JETZT!

- 1 <https://jochenteuffel.com/2025/05/04/robert-kempner-denkschrift-des-preussischen-ministeriums-des-innern-uber-die-nationalsozialistische-deutsche-arbeiterpartei-als-staats-und-republikfeindliche-hochverraterische-verbinding-vom-august-193/> aufgerufen am 25.5.2025
- 2 ebenda
- 3 ebenda
- 4 [1933: Reichstag verabschiedet Ermächtigungsgesetz | Hintergrund aktuell | bpb.de](https://www.bpb.de/1933-reichstag-verabschiedet-ermachtigungsgesetz-hintergrund-aktuell)
- 5 <https://fragdenstaat.de/artikel/exklusiv/2025/05/afd-gutachten-ausschnitt-verfassungsfeindlich/> aufgerufen am 25.5.2025
- 6 https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse_Studie/Analyse_Warum_die_AfD_verboten_werden_koennte.pdf aufgerufen am 25.5.2025
- 7 Siehe Fußnote 5
- 8 Siehe Fußnote 6, Seite 23ff
- 9 Ebenda, S. 37
- 10 Ebenda, S. 47
- 11 [Warum die AfD keine Partei wie jede andere ist: Demokratiefeindliche Positionen der AfD und was wir dagegen tun können - Amadeu Antonio Stiftung](#)
- 12 [Bundesverfassungsgericht - Parteiverbotsverfahren](#)
- 13 <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-verbot-klingsbeil-100.html> aufgerufen am 25.5.2025
- 14 <https://www.tagesspiegel.de/politik/politisch-hochgradig-gefahrlich-linnemann-warnt-vor-afd-verbotsverfahren-13669171.html> aufgerufen am 25.5.2025
- 15 <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/merz-afd-verbotsverfahren-100.html> aufgerufen am 25.5.2025
- 16 <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/staat-muss-sich-schuetzen-guenther-fordert-afd-verbot,UIQTINS> aufgerufen am 25.5.2025